

„Menschenrechte kennen keine Grenzen. Schutz in Europa ist ein Recht“ – Zivilgesellschaftliches Bündnis fordert grundlegendes Umdenken in der EU-Asylpolitik

Im Vorfeld der Europawahlen hat sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis gebildet. Dieses fordert bei einer Kundgebung am 20. Mai um 19:00 am Wiener Ballhausplatz eine umfassende Reform des Asylwesens der Europäischen Union. Über 30 Organisationen aus ganz Österreich haben sich der Initiative bereits angeschlossen.

Am 22. April jährte sich das Inkrafttreten der Genfer Flüchtlingskonvention zum 60. Mal. Sie legt fest, dass Menschen, die in ihren Herkunftsländern verfolgt werden und daher auf der Flucht sind, Schutz gewährt werden muss. Die Realität der europäischen und österreichischen Asylpolitik sieht jedoch anders aus: Restriktive Migrationspolitik, die Aushöhlung des Rechts auf Asyl und verschärfter Grenzschutz machen es für Schutzsuchende zunehmend unmöglich, legal in sichere Länder zu gelangen. Seit 2000 hat diese zunehmende Abschottung Europas mindestens 23.000 Menschenleben gefordert, die Dunkelziffer liegt bei weitem höher.

Das beinahe tägliche Sterben vor Europas Küsten erregt zwar immer wieder kurzzeitige politische und mediale Aufmerksamkeit, notwendige politische Konsequenzen blieben allerdings aus. Die vergangene Woche im Europaparlament verabschiedete Seeaußengrenzenverordnung hinterlässt weiterhin Graubereiche, wodurch das Einhalten menschenrechtlicher Standards nach wie vor nicht gewährt werden kann.

Abseits von einzelner Randbemerkungen ist anzunehmen, dass die dringend notwendige Reform des gemeinsamen europäischen Asylwesens im Wahlkampf keine zentrale Bedeutung haben wird. Es bleibt zu befürchten, dass das Thema weiterhin in erster Linie von rechtspopulistischen Gruppierungen be- und verhandelt wird, anstatt sachliche Lösungen zu finden.

Bei der Kundgebung will das Bündnis daher darauf aufmerksam machen, dass es Menschen mit Namen und Geschichten sind, die an Europas Grenzen auf der Suche nach Schutz gestorben sind – nicht Zahlen und Statistiken. Durch eine Projektion der Namen und Geschichten auf die Präsidentschaftskanzlei und das Aufstellen von Kerzen bei der Kundgebung sollen die Schicksale der Flüchtlinge, die an den Grenzen Europas gestorben sind, fassbar gemacht werden.

Darüberhinaus wird bei der Kundgebung eine grundlegenden Reform des europäischen Asylwesens gefordert. Wie Schauspieler Manuel Rubey, einer der UnterstützerInnen der Initiative erklärt: "23.000 Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Hunger nach Europa geflohen und an dessen Grenzen gestorben sind, müssen Anlass für politisches Handeln sein." **Die Initiative lädt daher ein, gemeinsam ein Zeichen für eine menschenrechtskonforme europäische Asylpolitik zu setzen.**

Weitere Informationen finden sich unter:

www.menschenrechte-grenzenlos.eu

Facebook: www.facebook.com/menschenrechtgrenzenlos

Twitter: www.twitter.com/mkkg20mai – Hashtag: #mkkg20mai

Rückfragehinweis für JournalistInnen:

Tel: 0681/81417816

E-Mail: presse@menschenrechte-grenzenlos.eu